**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 15/4706**

*Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein*

Staatssekretär

Herrn
Werner Kalinka, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Kiel, 02. Juli 2004

Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein

Beantwortung Ihrer Fragen aus der 77. Sitzung des Sozialausschusses am 10. Juni
2004

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

nachstehend beantworte ich Ihre Fragen zur Hartz IV-Umsetzung in Schleswig-Holstein wie folgt:

Frage 1:

Welche finanziellen Lasten ergeben sich für das Land, wenn das neue System zum 1. Januar 2005 nicht dauerhaft erfolgreich eingeführt werden kann?

Antwort:

Die Landesregierung geht von einem Inkrafttreten der Regelungen zum 1. Januar 2005 aus. Dies entspricht im Übrigen der verabschiedeten Gesetzeslage. Sollte durch ein weiteres Gesetz das Inkrafttreten verschoben werden oder gar das Gesetz aufgehoben werden, würden für das Land keine finanziellen Lasten entstehen. Das Land hat politisch zugesichert, dass es sich durch Hartz IV weder entlasten wird, aber auch nicht zusätzlich belastet werden darf. So hat das Land zugesichert, die Netto-Entlastungen beim Wohngeld an die Kommunen weiter zu geben, saldiert um

Belastungen des Landes durch Hartz IV. Dies ist mit den Kommunalen Landesverbänden bereits eingehend erörtert worden.

Fragen 2 bis 4:

Der Staatssekretär hat von Arbeitsangeboten gesprochen. Würden Sie auch bereit sein, im Hinblick auf bestimmte Hartz IV-Klientel beispielsweise auch etwas für die Berufsschulen zu finanzieren?

Welche zusätzlichen Arbeitsangebote unterbreitet das Land ab dem 1. Januar 2005?

Welche Verträge darf das Land, formalrechtlich gesehen, abschließen?

Antwort:

Mit dem neuen arbeitsmarktpolitischen Handlungsfeld „ASH Arbeitsmarktintegration“ wird das Land – nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – die regionalen Job Center bei der Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen. Dabei wird sich das Land vorrangig auf die Personengruppen konzentrieren, die von den Maßnahmen der Job Center nicht erreicht werden.

Sobald Klarheit über die konkrete Form der Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hier in Schleswig-Holstein besteht, kann darüber entschieden werden, welche Maßnahmen des Landes dafür zukünftig erforderlich sein werden. Das MWAV steht mit den Trägern von Beschäftigungsmaßnahmen, den kommunalen Sozialhilfeträgern sowie der Arbeitsverwaltung bereits in Gesprächen über Möglichkeiten der Ausgestaltung dieses neuen Handlungsfeldes.

Dabei wird formalrechtlich – wie bisher auch – die Unterstützung des Landes in Form von Zuwendungsbescheiden erfolgen. Grundsätzlich erfolgen Förderungen über Einzelentscheidungen in Form von Zuwendungsbescheiden und damit durch Verwaltungsakte.

Darüber hinaus besteht für das Land unter gesetzlich eng vorgegebenen Voraussetzungen (§§ 121 ff Landesverwaltungsgesetz) grundsätzlich die Möglichkeit, öffentlich-rechtliche Verträge abzuschließen.

Frage 5:

Wie ist es beamtenrechtlich zu sehen, wenn in Ämtern von Kreisen und Kommunen ein personeller Austausch stattfinden soll?

Antwort:

Ein personeller Austausch zwischen Ämtern von Kreisen einerseits und Gemeinden bzw. Amtsverwaltungen andererseits ist im Wege der vorübergehenden Abordnung (§ 33 des Landesbeamtengesetzes – LBG), der auf Dauer angelegten Versetzung (§ 32 LBG) oder, bei Umbildung von Körperschaften, im Wege der Übernahme (§§ 36

bis 38) LBG möglich. Bei dienstherrninternen Behördenumbildungen ist ggf. § 35 LBG einschlägig. Welche Vorschriften im Einzelfall anzuwenden sind und welche Folgen sich hieraus für die Betroffenen ergeben, ist von den jeweiligen organisatorischen und aufgabenbezogenen Absichten und Planungen abhängig.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Rocca